

Spahn fordert finanzielle Anreize

Debatte über Arzneimittel

VON VERENA SCHMITT-ROSCHMANN

Brüssel. Gesundheitsminister Jens Spahn setzt auf finanzielle Anreize, um die Produktion wichtiger Arzneimittel zurück nach Europa zu holen. „Europa muss bei Arzneimitteln wieder unabhängiger von Asien werden“, erklärte der CDU-Politiker am Dienstag nach einer Videokonferenz mit anderen EU-Staaten. Thema waren Arzneimittelengpässe während der Corona-Pandemie. Apotheker klagen seit Jahren über Knappheit bestimmter Präparate. Während der Krankheitswelle hat sich die Lage verschärft. Die meisten wichtigen Wirkstoffe werden in Asien hergestellt. In der Krise wurden Produktion und Transport schwieriger.

Spahn will das Thema zu einem Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr machen. „Wir wollen neue Lieferketten aufbauen, wir brauchen mehr Transparenz über Lieferengpässe und mehr Qualitätskontrollen“, erklärte er. „Und wir wollen finanzielle Anreize setzen, um die Produktion wichtiger Wirkstoffe wieder nach Europa zu verlagern.“

EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides betonte ebenfalls, die Probleme müssten nun angegangen werden, um die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern oder Ländern zu verringern. Dazu kündigte sie eine Pharmazie-Strategie an. Es werde um Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit, Nachhaltigkeit und die Sicherung des Nachschubs gehen.

„Patienten in der EU, vor allem jene auf der Intensivstation, müssen die Medizin bekommen, die sie brauchen, wenn sie sie brauchen“, erklärte Kyriakides. „Das kann eine Frage von Leben und Tod sein, von Schmerzen während der Behandlung oder der Chance, die nötigen Eingriffe physisch zu ertragen.“

PLUS VON 4,3 PROZENT

Gesundheitsausgaben steigen weiter

Wiesbaden. Die Gesundheitsausgaben in Deutschland sind weiter angestiegen. Nach Schätzungen auf Basis vorliegender Zahlen lagen sie im vergangenen Jahr bei 407,4 Milliarden Euro, 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt am Dienstag in Wiesbaden mitteilte. 2018 beliefen sich die Ausgaben auf 390,6 Milliarden Euro oder 4712 Euro je Bürger. Für das Jahr 2018 gaben die Statistiker noch detailliertere Angaben bekannt: So lag der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt bei 11,7 Prozent und damit 0,1 Prozentpunkte höher als im Jahr zuvor. Den größten Ausgabenanteil verbuchten mit 56,9 Prozent (222,1 Milliarden Euro) die gesetzlichen Krankenversicherungen, gefolgt von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (13,3 Prozent). Die soziale Pflegeversicherung kam auf einen Anteil von 10,1 Prozent. **DPA**

BUNDESGERICHTSHOF

Richter verliert im Streit um Arbeitstempo

Karlsruhe. Im jahrelangen Streit um sein Arbeitstempo hat ein Richter vor dem Bundesgerichtshof (BGH) verloren. Er werde nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, sagte Thomas Schulte-Kellinghaus, der als Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe (OLG) in Freiburg arbeitet, nach der Verhandlung am Dienstag. In dem seit rund acht Jahren andauernden Rechtsstreit geht es um die Ermahnung seiner früheren Vorgesetzten, Fälle rascher zu bearbeiten. Schulte-Kellinghaus sieht darin eine Beeinträchtigung seiner richterlichen Unabhängigkeit. Der Dienstgerichtshof für Richter am OLG Stuttgart hatte das verneint und wurde jetzt vom BGH bestätigt. Ein Dienstvorsetzter dürfe einen Richter zu einer ordnungsgemäßen und unverzögerten Erledigung der Amtsgeschäfte ermahnen. **DPA**

Ihre Meinung zur Corona-Politik

Der **WESER-KURIER** führt zusammen mit der Universität Freiburg eine Umfrage zur Corona-Pandemie und zu den Maßnahmen der Regierung durch. Die Befragung ist völlig anonym. Die Auswertung können Sie nach Beendigung der Umfrage im **WESER-KURIER** lesen. Unter den Teilnehmern aller Zeitungen verlost die Uni Freiburg zehn Gutscheine im Wert von je 20 Euro. Das Politikpanel Deutschland der Uni Freiburg erhebt Umfragen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Die im Panel erhobenen Daten geben Auskunft über die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Befragten. Die Ergebnisse werden anhand demografischer Faktoren sowie der Wahlentscheidung gewichtet. Dadurch können Rückschlüsse auf die Wahlbevölkerung und die darin ablaufenden Prozesse der politischen Entscheidungsfindung gezogen werden.

Den Link zur Umfrage finden Sie unter www.weser-kurier.de/corona-umfrage

VON GEORG ISMAR, ALBRECHT MEIER UND CHRISTOPH VON MARSHALL

Brüssel/Berlin. Die Bürger in Deutschland und Europa sind verunsichert: Soll und darf man in Corona-Zeiten überhaupt noch einen Urlaub planen? Wie lange werden die Beschränkungen im Grenzverkehr aufrechterhalten? Jetzt kommt von unterschiedlicher Seite Bewegung in die Frage. So pocht die EU-Kommission auf eine schrittweise Lockerung bis hin zu einer Perspektive für den Tourismus. Durch die Pandemie ist ein mehr oder weniger problemloser Grenzübergang im Schengengebiet, zu dem sämtliche Nachbarstaaten Deutschlands gehören, meist nur noch für Berufspendler mit Bescheinigung und für den Warenverkehr möglich.

Die EU-Kommission wird an diesem Mittwoch Empfehlungen an die Mitgliedstaaten veröffentlichen, wie die gesamte Europäische Union bei einem schrittweisen Abbau der Beschränkungen an den Grenzen vorgehen könnte. Dabei verzichtet die Brüsseler Behörde bei ihrem Plan für eine Rückkehr zum kontrollfreien Reisen im Schengenraum darauf, den Ländern strikte Zeitvorgaben zu machen. Laut dem Entwurf für den Brüsseler Lockerungsplan wird den Mitgliedstaaten ein „stufenweises und koordiniertes Vorgehen“ ans Herz gelegt.

Mehrere Voraussetzungen

Die Behörde schlägt vor, dass die Beschränkungen an den Grenzen zunächst in jenen Regionen fallen, in denen auf beiden Seiten der Übergänge eine ähnliche Verbreitung des Virus vorherrscht – immer unter der Voraussetzung, dass es bei den derzeitigen vergleichsweise niedrigen Infektionszahlen bleibt. Eine weitere Voraussetzung ist, dass es in den jeweiligen Regionen genügend Kapazitäten bei Tests und Intensivbetten gibt. Zudem will die Kommission Empfehlungen für eine Wiederaufnahme des grenzüberschreitenden Tourismus geben.

Die geplanten Lockerungen für Urlauber liegen allerdings in weiterer Ferne als die Streichungen einzelner Einschränkungen im Grenzverkehr. Zum Beispiel um Verwandte besuchen zu können. Für die Sommermonate will die Kommission die Wiederbelebung des grenzüberschreitenden Tourismus ermöglichen. Insgesamt wächst der Druck auf Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), die Einschränkungen an den Grenzen nicht über den 15. Mai hinaus zu verlängern. Die Sache ist allerdings kompliziert, weil bislang jeder Mitgliedstaat im Schengen-Raum eigene Regeln für die Kontrollen zu den Nachbarstaaten aufstellt – doch eine Grenze ist nur dann richtig offen, wenn sie von zwei Seiten geöffnet wird.

Urlaub erst einmal im Inland

Und wie sieht es konkret mit Pfingst- oder Sommerurlauben aus. Sind die möglich? Erst einmal nur im Inland. Die meisten Bundesländer öffnen ab Montag, 25. Mai, wieder Hotels für alle Bürger in Deutschland, also in der Woche vor dem Pfingstwochenende. Da seitens des Auswärtigen Amtes eine weltweite Reisewarnung bis 14. Juni gilt, sind Reisen ins Ausland ohne triftigen Grund schwerlich möglich. Wegen der erheblichen Verwerfungen in der Tourismuswirtschaft wächst aber der Druck, dass spätestens ab Juli wieder Reisen möglich sein sollen. Und Unternehmen stellen sich fest darauf ein. Der Billigflieger Ryanair plant einen Neustart mit fast 1000 Flügen täglich ab 1. Juli. Damit sollen aus dem Stand 40 Prozent der Linienflüge wieder aufgenommen und 90 Prozent des Streckennetzes bedient werden. Derzeit bietet Europas größter Billigflieger gerade mal 30 Flüge täglich an. Entscheidend werden aber EU-weit abgestimmte Gesundheits- und Hygienevorschriften an Flughäfen und in den Flugzeugen sein.

Unionsfraktion stellt Bedingungen

Debatte über Erhöhung des Klimaziels der EU für 2030 – SPD reagiert mit Kritik

VON TERESA DAPP

Berlin. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die geplante Erhöhung der EU-Ziele im Klimaschutz mit einer Neuverteilung der CO₂-Mengen verbinden, die Mitgliedstaaten einsparen müssen. Aus Sicht von Kritikern stellt die Fraktion damit eine schwer erfüllbare Bedingung – und bremst Kanzlerin Angela Merkel (CDU) aus, die sich für ein deutlich ehrgeizigeres Ziel ausgesprochen hatte.

„Eine Erhöhung des EU-Klimaziels für 2030 ohne Änderung der bestehenden Lastenverteilung würde eine erhebliche Anhebung des deutschen Klimaziels für 2030 bedeuten“, heißt es in einem Papier, das die Fraktion am Dienstag beschließen wollte. Die Anhebung setze deshalb voraus, „dass die Lasten innerhalb der Europäischen Union fair verteilt werden“. Die anderen Staaten müssten „mit vergleichbaren Anstrengungen“ zum Klimaschutz beitragen. Bisher soll bis 2030 der Treibhausgas-Ausstoß 40 Prozent unter dem von 1990 liegen. Die EU-Kommission will 50 bis 55 Prozent zum Ziel machen. Die Union wertet das in ihrem Papier als „weit reichende Zielverschärfung“. Zudem wirbt sie dafür, dass



Polnische Grenzpolizisten stehen in Görlitz auf der Brücke der Freundschaft an der polnischen Grenze vor Zgorzelec und kontrollieren die Personalfahrer, die auf die polnische Seite fahren wollen. Vor allem aus den Grenzregionen wächst der Druck, die Grenzkontrollen zurückzuführen. **FOTO: KAHNERT/DPA**

enthaltene Genehmigungen für Deutschland, die aus dem Ausland zurück nach Deutschland einreisen, müssen sich in eine zweiwöchige häusliche Quarantäne begeben und sich beim örtlichen Gesundheitsamt melden. Für Niedersachsen wurde das nun außer Kraft gesetzt. Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg gab im Eilverfahren der Klage eines Mannes statt, der sich dagegen gewehrt hatte, nach der Rückkehr nach Deutschland für 14 Tage in Quarantäne gehen zu müssen. Einreisende aus dem Ausland könnten „nicht pauschal als Krankheits- oder Ansteckungsverdächtiger angesehen werden“, betonten die Richter. Die weltweiten Corona-Fallzahlen ließen nicht mehr zu, Einreisende zur Quarantäne zu verpflichten.

Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) plädiert dafür, die Quarantäne-Pflicht für Rückkehrer aus europäischen Ländern zu lockern. Zur Begründung verwies er auf das Ende des Lockdowns in Frankreich, wo die Menschen seit Montag wieder mehr Freiheiten haben. Zugleich bekräftigte er seine Forderung nach einer raschen Öffnung der deutschen Grenzen.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO zweifelt den Nutzen von Grenzsicherungen im Kampf gegen das Corona-Virus an – wissenschaftliche Belege für einen Effekt seien dünn. Auch das Robert-Koch-Institut (RKI) hält Grenzüffnungen in Europa für möglich. Wenn es einen Gleichklang und eine ähnliche epidemiologische Situation in den Nachbarstaaten gebe, könne man eine solche Grenzöffnung rechtfertigen, sagt RKI-Vizepräsident Lars Schaade. **Kommentar Seite 2**

Staaten sich auch Klimaschutz-Maßnahmen in Staaten außerhalb der EU anrechnen lassen dürfen – also etwa, wenn Deutschland den Schutz von Regenwald im Amazonas finanziert.

Deutschland hat für 2030 bereits jetzt ein 55-Prozent-Ziel, an dem sich auch das Klimapaket der schwarz-roten Koalition ausrichtet. Es entspricht dem 40-Prozent-Ziel der EU, weil sich nach dem Wohlstand der Mitgliedstaaten richtet, wie viel sie beitragen müssen – und Deutschland hat ein vergleichsweise hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf. Wie genau die Zielerhöhung in der EU erreicht werden soll, ist aber noch offen, und damit auch, was das nach dem heutigen Verteilungsschlüssel für die einzelnen Staaten bedeuten würde.

Fraktionsvize Georg Nüßlein (CSU) sagte, er sehe keinen Dissens zwischen Union und Kanzlerin, es handle sich um eine „Guidance“ für die Regierung – also eine Orientierungshilfe. Er sei kein „Fan von dauernden Zielwettbewerben“, wenn der Weg zu

den Zielen nicht klar sei. Man unterstütze die Zielerhöhung „unter der klaren Voraussetzung, dass sich die Lastenteilung ändert“. Fraktionsvize Andreas Jung sagte, es gebe „keine Abstriche am Klimapaket“.

Der Koalitionspartner reagierte mit Kritik. „Die Unionsfraktion muss schnell klären, ob sie sich hinter die Bundeskanzlerin stellt oder ambitionierten Klimaschutz ausbremsen will“, sagte SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch. „Anstatt innovative Ideen für einen starken Wirtschaftsstandort zu formulieren, möchte die Unionsfraktion Klimaschutz ins Ausland verlagern.“ Die Union setze in erster Linie auf den Markt, ohne Investitionen und Ordnungsrecht mit in den Blick zu nehmen.

Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter warf CDU und CSU vor, die Anhebung der EU-Klimaziele aushebeln zu wollen. Die Union wisse, dass eine Änderung der sogenannten Lastenteilung beim Klimaschutz – also des Anteils der Staaten – nicht funktioniere.



Georg Nüßlein
FOTO: NIETFFELD/DPA

für, die Quarantäne-Pflicht für Rückkehrer aus europäischen Ländern zu lockern. Zur Begründung verwies er auf das Ende des Lockdowns in Frankreich, wo die Menschen seit Montag wieder mehr Freiheiten haben. Zugleich bekräftigte er seine Forderung nach einer raschen Öffnung der deutschen Grenzen.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO zweifelt den Nutzen von Grenzsicherungen im Kampf gegen das Corona-Virus an – wissenschaftliche Belege für einen Effekt seien dünn. Auch das Robert-Koch-Institut (RKI) hält Grenzüffnungen in Europa für möglich. Wenn es einen Gleichklang und eine ähnliche epidemiologische Situation in den Nachbarstaaten gebe, könne man eine solche Grenzöffnung rechtfertigen, sagt RKI-Vizepräsident Lars Schaade. **Kommentar Seite 2**

Plädoyer für Tempolimit

Berlin. Nach langer Diskussion hat sich nun auch der Deutsche Verkehrssicherheitsrat für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ausgesprochen. Dadurch könnte die Zahl der Verkehrstoten sinken, teilte der Verkehrssicherheitsrat (DVR) am Dienstag unter Verweis auf einen Beschluss des Vorstands mit. Der DVR plädiert demnach für ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern. Der neuen Positionierung des Vorstands war nach Auskunft einer Sprecherin eine lange und kontroverse Debatte vorausgegangen, die ein Jahr lang dauerte.

Ein generelles Tempolimit in Deutschland ist heftig umstritten, auch in der schwarz-roten Koalition. Für Aufsehen hatte Anfang des Jahres gesorgt, dass der Automobilclub ADAC „nicht mehr grundsätzlich“ gegen ein Tempolimit ist.

SPD-Chefin Saskia Esken erneuerte ihre Forderung an die Union, einer Geschwindigkeitsbeschränkung zuzustimmen. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) und CDU und CSU sollten sich den Argumenten der Fachleute ebenso wie der Mehrheit der Bundesbürger anschließen und den Weg zu einem Tempolimit freimachen. **DPA**